

# Breslauer



# Zeitung.

Mittagsblatt.

Sonnabend den 24. Januar 1857.

Nr. 40.

## Telegraphische Depeschen der Breslauer Zeitung.

**Paris, 23. Januar.** Der schweizerische Ständerath Dr. Kern ist hier eingetroffen. — Der kaiserliche Hof hat wegen Ablebens der Herzogin Henriette von Württemberg eine viertägige Trauer angelegt.

**Wien, 23. Januar.** Auf außerordentlichem Wege hier eingetroffene Nachrichten aus Konstantinopel vom 20. d. M. melden, daß die Schluß-Konferenzen zur Neuordnung des Einvernehmens für den Divan der Donaufürstenthümer stattgefunden hätten. Die früheren fünf Kategorien sollen beibehalten werden und ist die frühere Autonomie der Fürstenthümer gewährleistet.

Die Einnahme Benders-Buschirs wäre nach hier eingegangenen Nachrichten ohne starken Widerstand erfolgt.

**Paris, 23. Januar, Nachm. 3 Uhr.** Die Börse war heute fast geschäftslos. Die 3pSt. begannen mit 68, 10, wick auf 68 und schloß unbelebt und träge zur Notiz. Consols von Mittags 12 Uhr und von Mittags 1 Uhr waren gleichlautend 93 1/2 eingetroffen. Schluß-Course: 3pSt. Rente 68, 05. 4 1/2pSt. Rente 94. — Credit-Mobilier-Aktien coup. det. 1405. 3pSt. Spanier 37 1/2. 1pSt. Spanier —. Silber-Anleihe 88. Dester. Staats-Eisenbahn-Aktien 767. Lombard. Eisenbahn-Aktien 126 1/2.

**London, 23. Januar, Nachm. 1 Uhr.** Consols 93 1/2.

**Wien, 23. Januar, Mittags 12 1/2 Uhr.** Fonds günstiger, Loose höher, lebhaft. Silber-Anleihe 90. 5pSt. Metalliques 82 1/2. 4 1/2pSt. Metalliques 72. Bank-Aktien 1024. Bank-Inter.-Scheine —. Nordbahn 233 1/2. 1854er Loose 109. National-Anl. 84 1/2. Staats-Eisenbahn-Aktien 243. Credit-Aktien 292. London 10, 17. Hamburg 78 1/2. Paris 123. Gold 9. Silber 5 1/2. Elisabethbahn 100 1/2. Lombardische Eisenbahn 126 1/2. Theißbahn 100 1/2. Centralbahn —.

**Frankfurt a. M., 23. Januar, Nachmittags 2 Uhr.** Bismarck fest bei lebhaftem Umfange. Schluß-Course: Wiener Wechsel 112 1/2. 5pSt. Metalliques 77 1/2. 4 1/2pSt. Metalliques 68 1/2. 1854er Loose 101 1/2. Dester. National-Anleihe 79 1/2. Dester. Staats-Eisenbahn-Aktien 273 1/2. Dester. Bank-Antheile 1150. Dester. Credit-Aktien 180. Dester. Elisabethbahn 198. Rhein-Nachbahn 92 1/2.

**Hamburg, 23. Januar, Nachm. 2 1/2 Uhr.** Bankaktien fest. Schluß-Course: Dester. Loose —. Dester. Credit-Aktien 148. Dester. Eisenbahn-Aktien —. Vereinbank 100 1/2. Norddeutsche Bank 97 1/2. Wien 80 1/2. **Hamburg, 23. Januar.** [Getreidemarkt.] Weizen für feine Sorten loco eher Abnehmer, als Verkäufer; pr. Frühjahr leichter zu haben. Roggen loco unverändert; pr. Frühjahr angeboten. Del loco 31, pr. Frühjahr 31 1/2, pr. Herbst 29 1/2. Kaffee, fest aber ruhig. Zink 2000 Str. loco 17 1/2, 500 Str. loco März 17 1/2.

## Telegraphische Nachrichten.

**Paris, 23. Jan.** Der heutige „Moniteur“ enthält einen Artikel, in welchem es unter Anderem heißt: „Die Schweiz hat, indem sie die Gefangenen in Freiheit gesetzt, einen ehrenhaften Akt vollzogen. Frankreich, welches auf confidentialer Weise die persönlichen Absichten des Königs von Preußen kennen gelernt, gab der Schweiz von deren Tragweite Kenntniß. Wenn die Schweiz die Freilassung der Gefangenen verweigerte, so konnte Frankreich die Anwendung der Waffengewalt nicht abweisen. Da die Schweiz die bedingungslose Freilassung der Gefangenen bewirkt, so hält sich Frankreich verpflichtet, auf eine zufriedenstellende Lösung hinzuwirken (reclamer). Die Schweiz kann jetzt entkommen. Preußen hat angezeigt, daß es zur Unterhandlung bereit sei. Man darf daher hoffen, daß ein den Interessen und der Würde beider Theile entsprechendes Arrangement zu Stande kommen werde.“

**Triest, 22. Jan.** Der fällige Dampfer aus der Levante ist eingetroffen und bringt Nachrichten aus Konstantinopel bis zum 16. d. M. Nach denselben war die englische Flotte vor Bender-Buschir angelangt, und hatten die Engländer diesen Hafen des persischen Golfs so wie die Insel Karak bestetzt.

**London, 22. Januar.** Die hiesige Abendausgabe des „Globe“ macht die vom „Gerald“ gebrachte Combination Palmerston's mit den Peeliten rein lächerlich. (Der „Morning-Gerald“) theilt eine Combination des Ministeriums Palmerston mit den Peeliten mit. Danach werde Sir Charles Wood in der Admiralität durch den Lord Staats-Secretär des Innern Grey ersetzt werden, Lord Graham aber an Grey's Stelle treten; Gladstone würde Schatzkanzler werden und Robert Peel abtreten. — Der Admiral Dundas hat mit seinem Geschwader am 15. d. M. Lissabon verlassen.

**Kopenhagen, 22. Januar.** Das heutige „Fædrelandet“ theilt mit, daß in gestriger Staatsrathssitzung die Antwort auf die preussischen und österreichischen Noten angenommen sein soll. Diefelbe soll in der Verfassungsfage auf der bisherigen Politik beharren und eine ausführliche energische Bertheidigung des Verkaufs der Domänen enthalten.

## Preußen.

**Berlin, 23. Januar.** [Amtliches.] Se. Majestät der König haben allergnädigst geruht: Dem Mitglied des Instituts von Frankreich, Geschichtsmaler Robert Fleury zu Paris; so wie, in Folge der stattgehabten Wahl, dem kaiserlich österreichischen Sektionsrath und Präsidenten der geognostischen Reichsanstalt zu Wien, Haidinger, den Orden pour le mérite für Wissenschaft und Künste zu verleihen; und nach Abgang des bisherigen Konsuls Salva go in Syra den dortigen Kaufmann C. Klöbe zum Konsul daselbst zu ernennen. — Se. Majestät der König haben allergnädigst geruht: dem ersten dienstthuenden Kammerherrn Ihrer Majestät der Königin, Oberst-Lieutenant a. D. Grafen Fink von Finkenstein, die Erlaubniß zur Anlegung des von des Königs der Niederlande Majestät ihm verliehenen Commandeur-Kreuzes vom großherzoglich luxemburgischen Orden der Eichen-Krone; so wie dem Seconde-Lieutenant a. D. v. Stranz zu Berlin zur Anlegung des von des Herzogs von Braunschweig verliehenen Ritterkreuzes vom Orden Heinrichs des Löwen zu erteilen.

Dem Steindruckern M. Fies zu Berlin ist unter dem 22. Januar 1857 ein Patent auf einen Schwärz-Apparat für Steindrucker, in der durch Monopol-Beschreibung nachgewiesenen Verbindung und ohne Jemand in der Lage an gerechnet, und für den Umfang des preussischen Staates erteilt worden.

**Berlin, 22. Januar.** [Aus dem Abgeordnetenhaus.] Nach den Gesetzen vom 20. Mai 1854 und 7. Mai 1856, betreffend die Bewilligung und Verlängerung eines Kredits von 30 Mil-

lionen zu den außerordentlichen Geldbedürfnissen der Militär-Verwaltung soll dem Landtage sofort bei dessen nächstem Zusammentreten über die Ausführung dieser Gesehe Resolution gegeben werden. Eine Interpellation des Abgeordneten v. Patow, durch 37 Unterschriften unterstützt, richtet die Anfrage an das königl. Staats-Ministerium, wie es zusammenhänge, daß dies noch nicht geschehen sei, und wenn es zu gewärtigen sei?

Der Bericht der Kommission für Handel und Gewerbe empfiehlt die Genehmigung des von Preußen Namens aller Zollvereinsstaaten mit der orientalischen Republik des Uruguay am 23. Juni 1856 abgeschlossenen Handels- und Schifffahrts-Vertrages, welcher zwischen den kontrahirenden Staaten gegenseitige Freiheit des Handels und der Schifffahrt, Sicherung der persönlichen und Eigentumsrechte der beiderseitigen Angehörigen, die Feier des Gottesdienstes und Ausübung des kirchlichen Ritus auf dem Fuße der meistbegünstigten Nation stipulirt. In der Denkschrift, welche den Vertrag motivirt, wird hervorgehoben, daß unter den Staaten im Stromgebiete des Plata der Freistaat des Uruguay mit dem wichtigen Hafenplatz Montevideo derjenige sei, mit welchem im kommerziellen Interesse zuerst vertragsmäßige Beziehungen anzuknüpfen gewesen seien, theils wegen seines eignen Bedarfs an Erzeugnissen der Zollvereinsstaaten, theils weil er einen Durchgangspunkt für die Ausfuhr und Bezüge nach und von den übrigen La Plata-Staaten und den südlichen Theil Brasiliens bilde. Das diesseitige Importgeschäft werde vorzugsweise von deutschen Häusern vermittelt, deren Mehrzahl in Buenos-Ayres und Montevideo Etablissements besitze. Die Zahl der in der orientalischen Republik lebenden Deutschen wird auf 1000 bis 1500 angegeben.

Das Gesetz über das unerlaubte Kreditgeben an Minderjährige ist von der Justiz-Kommission mit einigen Abänderungen, zu denen die Regierung ihre Zustimmung erklärt hat, mit 8 gegen 3 Stimmen angenommen worden, und lautet in seiner gegenwärtigen Fassung dahin:

§ 1. Wer in gewinnstüchtiger Absicht und unter Benützung des Leichtsinns oder der Unerfahrenheit eines Minderjährigen sich von demselben Schuldscheine, Wechsel, Empfangs-Bekanntnisse, Bürgschaftsinstrumente oder andere eine Verpflichtung enthaltende Urkunden ausstellen, oder auch nur mündlich ein Zahlungsversprechen erteilen läßt, soll mit Gefängniß bis zu einem Jahre und zugleich mit Geldbuße bis zu 1000 Thlr. bestraft werden. Es kann auch auf zeitliche Unterfugung der Ehrenrechte außerdem erkannt werden.

§ 2. Wer sich von einem Minderjährigen unter Verpfändung der Ehre die Zahlung einer Geldsumme oder die Erfüllung einer andern auf Gewährung geldwerther Sachen gerichteten Verpflichtung aus einem Rechtsgeschäfte verprechen läßt, oder wer eine Forderung, von welcher er weiß, daß deren Berichtigung ein Minderjähriger gegen Verpfändung der Ehre verprochen hat, sich cediren läßt, hat Gefängnißstrafe bis zu einem Jahre oder Geldbuße bis 1000 Thlr. verurtheilt. Auch kann auf zeitliche Unterfugung der Ehrenrechte erkannt werden.

§ 3. Von der nach §§ 1 und 2 eintretenden Strafe befreit nicht der Einwand, daß die Minderjährigkeit unbekannt gewesen sei, oder der Minderjährige sich für vollständig ausgegeben habe, wohl aber der Nachweis solcher Umstände, unter welchen der Minderjährige als Großjähriger betrachtet werden konnte.

§ 4. Auf Geschäfte mit solchen Minderjährigen, welche nicht mehr unter väterlicher Gewalt oder unter Vormundschaft stehen, findet das Gesetz keine Anwendung.

Im Wesentlichen schließt der Entwurf sich dem Artikel 406 des Code pénal an, nur daß dieser den Fall des § 2 nicht besonders hervorhebt, um eine Strafe von 2 Monaten bis 2 Jahren Gefängniß und gleichzeitige Geldbuße bis zum vierfachen Betrage des gesuchten Gewinnes verhängt.

Ein von dem Finanz-Minister eingebrachter Gesetz-Entwurf, betreffend die Revision der Aktien- und ähnlichen Gesellschaften im Stempel-Interesse enthält eine wichtige Ergänzung der Stempelsteuer-Gesetzgebung. Der § 34 des Stempelgesetzes vom 7. März 1822 verpflichtet nämlich „alle Behörden und Beamten“, den Stempelskalen bei den vorzunehmenden Stempelsituationen die Einsicht ihrer stempelpflichtigen Verhandlungen zu gestatten, und berechtigt die Fiskale, zwar auch „Privatpersonen“ zum Ausweise über die gehörige Beobachtung der Stempelgesetze aufzufordern, jedoch nur dann „wenn erhebliche Gründe vorhanden sind, diese Beobachtung zu bezweifeln“, legt ihnen auch für den Fall der Weigerung nur die Befugniß bei: „den Beisatz der Gerichte nachzusuchen, welchen es überlassen bleibe, zu prüfen, wie weit die Verachtungsgründe die verlangte Nachweisung rechtfertigen, oder eine förmliche Untersuchung begründen.“ Der Entwurf dehnt nun die für „Behörden und Beamten“ getroffene Bestimmung auf alle Aktien-Gesellschaften, welche ganz oder theilweise auf einen Handels- oder Gewerbebetrieb irgend welcher Art gerichtet sind, ingleichen auch alle zu einem gewerblichen Zwecke gebildete Gesellschaften, deren Grundkapital in Aktien oder ähnlichen Theile ganz oder theilweise zerlegt ist“ aus. In den Motiven wird diese Gleichstellung der Gesellschaften mit den Behörden deshalb als gerechtfertigt erklärt, „weil sich ihnen gegenüber keine Veranlassung zu der Rücksichtnahme finde, nicht ohne genügenden Anlaß, nicht ohne erhebliche Gründe zum Zweifel an der gehörigen Beobachtung der Stempelgesetze die Privat-Skripturen der Einsicht der Stempelskale zu unterwerfen. Denn sowie den Vorständen dieser Gesellschaften geschäftskundige, zum Theil rechtskundige, Männer zugesellt seien, und dieselben auch die wichtigen Geschäfte, Lieferungsverträge und dergl. wie die öffentlichen Behörden, nicht in gerichtlicher oder notarieller Form abzuschließen pflegen, so stimme auch die Art ihrer Geschäftsführung mit der bei den Behörden überein, und es bedingen theils die große Zahl der Theilnehmer, theils die Bestimmungen der Statuten selbst die Veröffentlichung der Geschäftsführung in einem Grade, wie dies bei einzelnen Privatpersonen nicht entfernt der Fall sei.“ Diese Parallele hält der Entwurf auch bei der Strafe fest; er behandelt die Vorstände und Beauftragte der Gesellschaft gleich den öffentlichen Beamten, und legt ihnen deshalb bei Nichtanwendung des vorchriftsmäßigen Stem-

pels zu geschlossenen Verträgen eine dem einfachen Betrage des nicht verwendeten Stempels gleichkommende, im administrativem Wege zu verhängende, Geldbuße, jedoch höchstens im Betrage von 50 Thlr., auf, während die bei dem Vertrage betheiligte Privatperson, desgleichen jeder andere Besitzer oder Producent der Verhandlung mit Strafe verschont bleibt, wovon jedoch die Fälle eine Ausnahme bilden, in denen erhellt, daß wider besseres Wissen die Verwendung des gesetzlichen Stempels unterblieben ist. In diesen tritt ohne Unterschied die ordentliche Stempelstrafe und das hierfür vorgeschriebene Verfahren ein.

Auf die bekannte Streitfrage, ob die Inhaber der gutherrlichen Polizeigewalt zur Uebernahme der Polizei-Anwaltschaft berechtigt und verpflichtet sind, bezieht sich eine von dem Rittergutsbesitzer Grafen v. Schweinitz-Dieban und Genossen eingereichte Petition, welche der Kommission für Gemeinde-Angelegenheiten überwiesen ist.

**Berlin, 23. Januar.** Der General-Major und Kommandeur der 11. Infanterie-Brigade, v. Hann, hat sich auf einige Tage nach der Lausitz begeben. — Der Korvetten-Kapitän Zachmann, welcher durch allerhöchste Kabinetts-Ordre mit Wahrnehmung der Stelle als Direktor der 2. Abtheilung in der königl. Admiralität betraut worden, ist von Danzig zum Antritt dieser Stellung hier eingetroffen. — Der Oberst-Lieutenant und Chef der 2. Abtheilung im großen General-Stabe, v. Kirchbach, hat sich heute auf einige Tage nach Magdeburg und Umgegend auf Urlaub begeben. — Die großherzoglich hesen-darmstädtische Regierung hat, wie die „Zeit“ meldet, ihren Widerspruch gegen einzelne Bestimmungen des zwischen Bevollmächtigten der verschiedenen deutschen Münz-Systeme vereinbarten allgemeinen deutschen Münz-Vertrages fallen lassen. Man sieht daher in den nächsten Tagen der definitiven Annahme und Unterzeichnung des Vertrages und dem Schlusse der Münz-Konferenz in Wien entgegen. — Die Meistbetheiligten der preussischen Bank sind auf den 28. Februar zur General-Versammlung eingeladen.

Nach einer Mittheilung der „Leipz. Ztg.“ aus Frankfurt a. M. ist jetzt das Uebereinkommen getroffen, daß die in Nürnberg versammelte Kommission für Berathung eines Entwurfes zu einem allgemeinen deutschen Handelsgesetzbuche auch mit dem Austrage zu betrauen sei, die bezüglich verschiedener Bestimmungen der allgemeinen deutschen Wechsel-Ordnung bestehenden Kontroversen zu lösen.

**Berlin, 23. Januar.** Wir können aus besserer Quelle versichern, daß die Verhandlungen über die Sundzollfrage von ihrem Abschluß noch weit entfernt sind. Abgesehen davon, daß die bisher zu Stande gekommene Einigung nur das Prinzip der Ablösung zum Gegenstande hat, während über die Modalitäten derselben noch jede Verständigung fehlt, ist selbst die Anerkennung des Prinzips noch keinesweges allseitig erfolgt. Namentlich sind kleinere, bei dieser Angelegenheit konkurrirende Regierungen bis jetzt noch jedem Zugeständnisse fern geblieben. So viel wir indes hören, hat man an maßgebender Stelle die Hoffnung nicht aufgegeben, noch bis zur Eröffnung der Schifffahrt zu einem Abschlusse zu kommen. (B. u. S. 3.)

Das C. B. ist in der Lage zu berichten, daß die Sundzoll-Angelegenheit sich ungeachtet der im Laufe dieses Monats stattgehabten Wiederanahme der Konferenzen sich noch genau in demjenigen Stadium befindet, in welchem die Beratungen im Laufe des November v. J. unterbrochen wurden. Es ist durch die bisherigen Verhandlungen nichts erzielt als eine Verständigung der großen, bei der Frage interessirenden Mächte über die Ablösung als Prinzip, von kleineren Staaten, ohne deren Abschluß übrigens ein allseitiges Uebereinkommen nicht zulässig sein würde, ist selbst insoweit noch kein Zugeständniß gemacht worden. So hat namentlich Mecklenburg sich noch zu keiner Ablösung des Sundzolls bereit erklärt, da die mecklenburgischen Verfassungs-Verhältnisse der Regierung nicht gestatten, sich vor Erlangung der ständischen Zustimmung zu irgend welcher Geldleistung zu verpflichten; und unter den größeren Regierungen sind hinsichtlich der Modalitäten der Ablösung des Zolles gerade noch eben so viele Differenzen vorhanden, wie damals, als Rußland, Schweden und Oldenburg sich mit Vorbehalt allseitiger Zustimmung für ein Arrangement entschieden.

**B. Vissa (Großherzogthum Posen), 20. Januar.** [Auszeichnungen.] — Kommunalen. — Casseleuchtung. — Eisenbahn. Das jüngst stattgehabte Ordens- und Krönungsfest brachte auch zweien, um die Kommunalangelegenheiten ihrer resp. Wohnorte verdienten Männern höhere Ordensdekorationen, nämlich dem hiesigen Kaufmann und Rathsherrn B. B. B. und dem Stadtverordneten-Vorsteher Carl C. C. C. zu Frankfurt. Seit 30 Jahren verwaltet Herr B. B. B. neben dem Amte eines Kirchenvorstehers das eines Rentanten der sehr bedeutenden Kirchenkasse der hiesigen evangelischen Kreuzgemeinde. Nachdem er ferner durch 7 Jahre als Stadtrath im hiesigen Magistrats-Kollegio gewirkt, bekleidet er seit der Verleihung der Städte-Ordnung an die hiesige Kommune, also seit länger als 22 Jahren die Funktionen eines Rathsherrn ohne Befolgung bei derselben. In dieser Stellung hat er insbesondere als Vorsteher des hiesigen Sparkassenwesens viele Umsicht, gewissenhafte Treue und Ordnungsliebe bei Leitung der Geschäfte zu betheiligen Gelegenheit gehabt. Die ihm zu Theil gewordene allerhöchste Auszeichnung konnte daher nicht verfehlen, hier in allen Kreisen eine lebhafteste Theilnahme und Befriedigung zu erwecken. — Das hiesige Hauptfeueramt hat seine Bedenken zu erkennen gegeben, den unmittelbar an der Stadt belegenden Bahnhof mit in den städtischen Wahl- und Schlachtfestfeuerverband aufzunehmen, während das eine achtel Meile von hier gelegene Städtchen Saborowo gegen seinen Willen und trotz aller dagegen erhobenen Demonstrationen davon nicht getrennt werden kann. In Folge dessen kommen die den Bahnhof und die Maschinenbauanstalt bewohnenden Personen und Familien in die abnorme Lage, klaffenfeuerpflichtig zu werden, während sie alle ihre Lebensbedürfnisse aus der Stadt entnehmen müssen. In der jüngsten Stadtverordnetenversammlung, in der die Rekonstitution der Versammlung durch Neuwahl der Vorstände und Schriftführer erfolgte, kam jenes Mißverhältniß zur Sprache, und die Kommunalbehörden haben sich entschieden, zunächst durch geeignete Vorstellungen bei der betreffenden hohen Administrativbehörde auf die Befreiung derselben hinzuwirken. Die Rekonstitution der Stadtverordneten-Versammlung hat übrigens keine Aenderung in dem Vorstande herbeigeführt, da die früheren Vorsitzenden und Schriftführer durch Aklamation sämtlich wieder gewählt wurden. — Der für einen dreijährigen Zeitraum entworfene Stadt-haushaltsetat der hiesigen Kommune wird mit dem Jahre 1857 zu Ende ge-

**F r a n f r e i c h.**

Osmanisches Reich.

A f i e n.

Redakteur und Verleger: C. Zäschmar in Breslau.

## Industrie-Aktien-Bericht.

Berliner Börse vom 23. Januar 1857.

Actien-Course.		Actien-Course.			
Aachen-Düsseldorfer .	3½/2	84½ B.	Preuss. Hank-Anth. .	4	128 B.
Aachen-Mastricht .	4	84½ Bz.	Berl. Kassen-Verein	4	115½ G.
Amsterdam-Rotterdam .	4	78 B.	Branschweiger Bank	4	134½ bz. u. G.
Bergisch-Märkische .	4	92½ 1/2 bz	Weimarsche Bank	4	129 bz.
dito Prior. . . . .	5	101½ bz.	Kasseler	4	106½ 1/2 bz.
dito II. Em. . . . .	3	101½ G.	Thüringer	4	100½ B.
Berlin-Anhalt . . . . .	4	165 B.	Hamb. Nordd. Bank	4	97 1/2 97½ bz.
dito Prior. . . . .	4	91 G.	" Vereins-Bank	4	100½ 1/2 bz. u. B.
Berlin-Hamburger . . .	4	112 bz.	Hannoversche	4	113 bz.
dito Prior. . . . .	4½	101½ G.	Bremer	4	116 etw. G.
dito II. Em. . . . .	4½	100½ G.	Luxemburger	4	98½ G.
Berlin-Potsd.-Magdebg.	4	137 etw. bz.	Darmstädter Zettelb.	4	107 bz.
dito Prior. A. B. .	4	91 bz.	Darmst. Creditb.-Act.	4	123½ 1/2 124½ 1/2 123½ 1/2 B.
dito Lit. C. . . . .	4½	98½ G.	Leipzig. Creditb.-Act.	4	94½ bz. u. G.
dito Lit. D. . . . .	4½	98½ G.	Meininger	4	96 96½ bz.
Berlin-Stettiner . . . .	4	142½ B.	Coburger	4	90 B.
dito Prior. . . . .	4½	100½ B.	Dessauer	4	97½ 1/2 bz. u. G.
Breslau-Freiburger . .	4	146 1/2 145 bz.	Moldauer	4	105 etw. bz. u. G.
dito neueste . . . .	4	129 bz.	Oesterreich.	5	142½ 1/2 143½ 1/2 143 bz.
Köln-Mindener . . . .	3½	154 B.	Genfer	4	83 B.
dito Prior. . . . .	4½	100½ B.	Disc.-Comm.-Anth.	4	117 1/2 118 1/2 117½ bz. *)
dito II. Em. . . . .	5	102½ B.	Berliner Handels-Ges.	4	100 B.
dito II. Em. . . . .	4	90½ G.	" Bank-Verein	4	100 B. 99½ G.
dito III. Em. . . . .	4	89½ Bz.	Preuss. Handels-Ges.	4	96½ u. 96 bz.
dito IV. Em. . . . .	4	89½ Bz.	Schles. Bank-Verein	4	96 Klgkt, 95½ m. bz.
Düsseldorfer-Elberfeld	4	—	Minerva-Bergw.-Act.	5	95½ B.
Franz. St.-Eisenbahn	5	155½ 1/2 156 bz.	Berl. Wair.-Cred.-G.	4	106 B.
dito Prior. . . . .	3	283½ B.			

Bezahl wurde Weizen mit 52—68 Thlr. Roggen 40—44 Thlr. Gerste 33—39 Thlr. pr. 25 Scheffel und Hafer mit 20—23 Thlr. pr. 26 Scheffel.

≡ Breslau, 24. Januar. [Produktmarkt.] Getreidemarkt unverändert gegen gestern. — Delsaaten nichts offerirt, auch nicht begehrt. — Kleeasaaten nur mäßig zugeführt, lebhafter Kaufsift für beide Farben und rothe Saat etwas höher bezahlt. — Spiritus fest, loco 10¼ Thlr. SL, Januar 11 Thlr. SL.

Weizen, weißer 82—89—87—84 Sgr., gelber 83—86—82—78 Sgr. — Brenner-Weizen 75—70—63—60 Sgr. — Roggen 54—52—50—48 Sgr. — Gerste 48—46—44—42 Sgr. — Hafer 30—29—27—26 Sgr. — Erbsen 52—50—48—46 Sgr. — Winteraps 134—130—125—120 Sgr., Sommeraps 110—108—105 Sgr., Sommerrüben 108—106—104—100 Sgr. nach Qualität.

Kleefaat, rothe, 19—18½—17½—16½ Thlr., weiße 19—18—17—15 Thlr. nach Qualität.